

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Energiesparen

Effizienzvorgaben für neue Heizungen werden aktualisiert

>> 3

Transparenz

Neues Gremium soll hohe Ethik-Standards sichern

>> 4

Gesundheit

EU will psychische Erkrankungen enttabuisieren

>> 5

UKRAINE

Kommission verurteilt Zerstörung von Staudamm

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat die Sprengung des Nowa-Kachowka-Staudamms in der Ukraine verurteilt. Die Präsidentin sprach von einem ungeheuerlichen Angriff auf die zivile Infrastruktur, der Tausende Menschen gefährde. Russland werde für seine Kriegsverbrechen bezahlen. Über das [EU-Katastrophenschutzverfahren](#) koordiniert die EU-Kommission Hilfe für die Menschen in dem überfluteten Kriegsgebiet. Stand 14. Juli beteiligten sich 16 Mitgliedstaaten an der Hilfsaktion, Deutschland stellte unter anderem 56 Generatoren zur Stromerzeugung bereit. Zudem mobilisierte die EU zusätzliche 500.000 Euro für humanitäre Hilfe im Flutgebiet. In diesem Jahr stellte die EU insgesamt bereits rund 200 Millionen Euro für humanitäre Hilfe in der Ukraine bereit.

[Europäische Unterstützung](#)



Eine einzige Lösung für das Thema Migration gibt es nicht – aber durch Zusammenarbeit kann die EU gemeinsame Lösungen finden.

© Alexandros Michailidis / Shutterstock.com

MIGRATION

EU-Kommission lobt Fortschritt zur Asylreform

Die EU-Kommission hat die Einigung der Mitgliedstaaten auf wichtige Teile der Reform der europäischen Asyl- und Migrationspolitik begrüßt. Zentrale Elemente der Übereinkunft sind Asylverfahren an den Außengrenzen der EU sowie ein neuer Solidaritätsmechanismus zur Verteilung der Schutzsuchenden auf die Mitgliedstaaten. EU-Innenkommissarin Ylva Johansson erklärte: „Das ist ein historischer Moment.“ Sie lobte die Verständigung unter den EU-Ländern und sagte: „Wenn wir uns vertrauen, sind wir stark, wir können so viel erreichen.“

Grundlage für den Beschluss der Mitgliedstaaten ist das [Asyl- und Migrationspaket](#), das die EU-Kommission 2020 vorgelegt hatte. Die Initiative setzt auf gemeinsame Verantwortung und Solidarität. Im vergangenen Jahr suchten 884.630 Menschen in der EU erstmals um [Asyl](#) nach, der höchste Wert seit 2016. Rund ein Viertel aller Anträge ging dabei in Deutschland ein.

Mit der Einigung der Mitgliedstaaten können die abschließenden Beratungen mit dem Europäischen Parlament über eine Modernisierung des [Gemeinsamen Europäischen Asylsystems](#) (GEAS) beginnen. Johansson sagte: „Wir müssen noch einige Schritte gehen, bevor wir die Reform endgültig umgesetzt haben. Aber es ist klar, dass wir einen sehr großen Fortschritt gemacht haben.“

[Kernpunkte](#) für die anstehenden Verhandlungen sind:

▶ **Gemeinsame Standards:** Geltende Asylbestimmungen werden in den Mitgliedstaaten der EU unterschiedlich umgesetzt. Die neue Regelung definiert einheitliche Standards, etwa bei Unterbringung oder rechtlichem Beistand. Zugleich sollen Asylverfahren zügiger bearbeitet werden.

▶ **Grenzverfahren:** Die [Anerkennungsrate](#) in Asylverfahren schwankt zwischen 94 Prozent für Schutzsuchende aus Syrien und 5 Prozent oder weniger für Geflüchtete aus Bangladesch, Marokko, Tunesien oder Venezuela. Angestrebt wird, die Verfahren zu straffen. Dazu sollen Menschen aus Ländern mit einer Anerkennungsrate unter 20 Prozent, deren Asylanträge also nur geringe Aussichten auf Erfolg haben, in Auffangzentren an der Außengrenze der EU unterkommen.

>>

“Die Einigung zeigt, dass die EU stark ist und auch in den komplexesten Fragen gemeinsam vorankommen kann.“
 Ursula von der Leyen,
 Kommissionspräsidentin

>>

Dort werden ihre Asylanträge geprüft. Die neuen Zentren sollen zunächst bis zu 30.000 Menschen aufnehmen und schrittweise ausgebaut werden. Die Ministerinnen und Minister haben sich darauf verständigt, dass die Höchstdauer des Asyl- und Rückkehrverfahrens an der Grenze sechs Monate nicht überschreiten sollte. Asylverfahren unbegleiteter Minderjähriger – im vergangenen Jahr kamen rund 43.000 Kinder ohne Eltern in die EU – werden wie bisher im regulären Asylverfahren geprüft.



Neuer Solidaritätsmechanismus: Die neuen Vorschriften kombinieren verbindliche Solidarität mit Flexibilität für die Mitgliedstaaten bei der Wahl der einzelnen Beiträge. Pro Jahr werden mindestens 30.000 Schutzsuchende aus den Mitgliedstaaten an den Außengrenzen der EU nach einem neuen Solidaritätsschlüssel auf die EU-Länder verteilt. Mitgliedstaaten, die sich nicht an der Umverteilung beteiligen, müssen 20.000 Euro pro Übernahme zahlen oder alternative Solidaritätsmaßnahmen wie die Entsendung von Personal leisten. Der Anteil eines Mitgliedstaats bemisst sich etwa nach Einwohnerzahl und Wirtschaftskraft.

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen begrüßte die Übereinkunft der Mitgliedstaaten und erklärte: „Mit Vertrauen und Zusammenarbeit können wir eine europäische Antwort auf eine Herausforderung geben, die uns alle betrifft.“

nen wir eine europäische Antwort auf eine Herausforderung geben, die uns alle betrifft.“

ABKOMMEN MIT TUNESIEN

Von der Leyen war gemeinsam mit der italienischen Regierungschefin Giorgia Meloni und dem niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte nach Tunesien gereist, um über ein Partnerschaftsabkommen mit dem Land zu verhandeln. Neben einer besseren Zusammenarbeit beim Handel und dem Ausbau erneuerbarer Energien sieht die angestrebte Übereinkunft auch eine engere Abstimmung in der Migrationspolitik vor, etwa im Einsatz gegen irreguläre Fluchtbewegungen oder dem Kampf gegen Schleuserkriminalität. Nach einem Treffen mit dem tunesischen Präsidenten Kais Saied in Karthago sagte von der Leyen: „Wir werden auf eine operative Partnerschaft zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität hinarbeiten. Und wir werden Tunesien beim Grenzmanagement unterstützen.“ Die Vereinbarung wird auch auf dem nächsten Gipfel der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten am 29. und 30. Juni in Brüssel beraten.

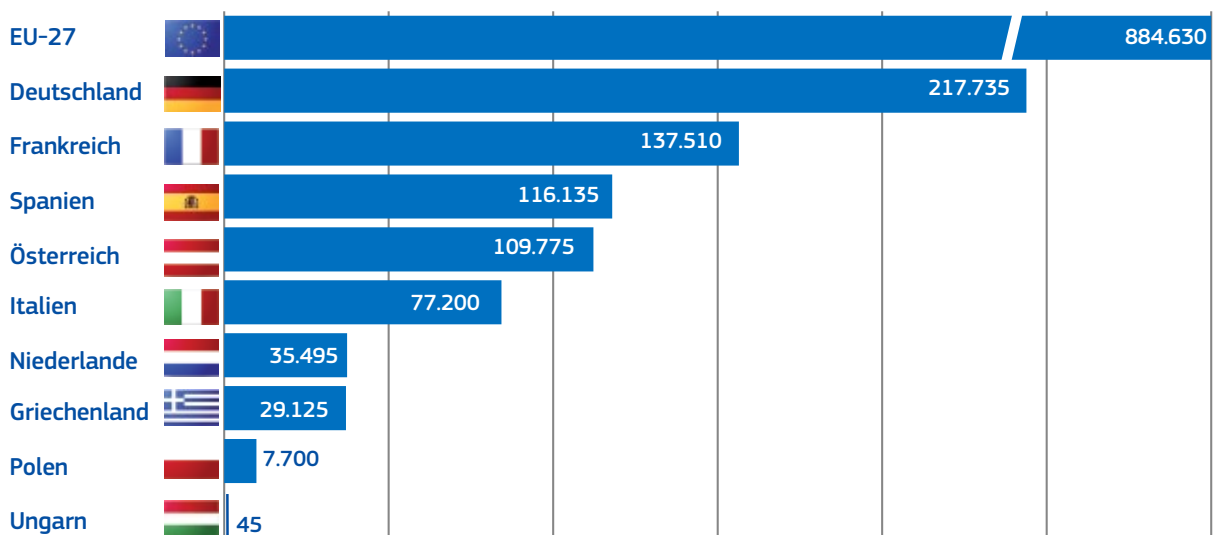
Die EU-Kommission hatte zuvor einen Aktionsplan für die Migrationsrouten im westlichen Mittelmeer und Atlantik vorgelegt. Ziel ist es, die Migration entlang dieser Routen besser zu steuern, etwa durch gemeinsame Bekämpfung der Schleuserkriminalität, ein besseres Grenzmanagement, um illegale Migration zu unterbinden und bei der Rückkehr von Migrantinnen und Migranten nach Afrika enger zusammenzuarbeiten. Zudem werden Fachkräftepartnerschaften geprüft, um legale Wege der Migration zu ermöglichen. (pr)

Asyl- und Migrationspolitik

EU-Hilfe für Vertriebene aus der Ukraine

Seit Russlands Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 haben rund 16 Millionen Menschen das Land verlassen, rund elf Millionen sind inzwischen wieder zurückgekehrt, eine Million sind in Staaten außerhalb der EU weitergezogen. Von den rund vier Millionen Menschen in der EU haben rund 1,01 Millionen Menschen in Deutschland Zuflucht gefunden, 974.000 Menschen in Polen. Das geht aus einem Bericht hervor, den der Sonderbeauftragte der EU, der frühere niederländische Vize-Regierungschef Lodewijk Asscher, vorlegte. Asscher sagte: „Die Solidarität in der EU lebt.“ Für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine wurde erstmals in der EU-Geschichte die Richtlinie zum vorübergehenden Schutz Geflüchteter aktiviert.

Erstanträge auf Asyl in der EU 2022 (ausgewählte Mitgliedstaaten)



Quelle: Eurostat, Bilder: Shutterstock

ENERGIESPAREN

EU aktualisiert Mindestnormen für Energie-Effizienz von Heizanlagen

Die zehn Jahre alten Ökodesign-Vorgaben für Heizungen werden derzeit überarbeitet. Dies wurde in den deutschen Medien teils irreführend aufgegriffen.

Der Faktencheck der EU-Kommission stellt klar: Ziel ist es, die Vorgaben für neue Heizungen ab 2029 auf ein Niveau zu aktualisieren, das mit dem heutigen Stand der Technik – auch mit Gasheizkesseln in Kombination mit Solarthermie oder einer kleinen elektrischen Wärmepumpe – problemlos erreicht werden kann. Eine schon installierte Heizung kann weiter betrieben werden, bereits existierende Anlagen fallen nicht unter die neuen Vorgaben. Die Mitgliedstaaten, das Europaparlament und Verbände sind in die laufenden Konsultationen eingebunden. In diesem Lichte werden am Ende die Entscheidungen über Grenzwerte getroffen. Das Ziel ist, die alten Regelungen für Effizienz-

vorgaben für Heizgeräte anzupassen – sowohl an den Stand der modernen Technik als auch an das Ziel des europäischen Grünen Deals, Europa bis 2050 klimaneutral zu machen.

Ökodesign



© Shutterstock

RECHTSSTAATLICHKEIT

Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen eingeleitet

Nach Ansicht der Europäischen Kommission verstößt ein neues polnisches Gesetz zur Prüfung des Einflusses Russlands auf die innere Sicherheit des Landes gegen EU-Recht. Deshalb hat sie ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen gestartet. Nach Ansicht von EU-Justizkommissar Didier Reynders kann die Regelung die Kandidatur für ein politisches Amt beeinträchtigen – ohne dass die Betroffenen die Chance auf einen fairen Prozess haben. Die Kommission ist der Auffassung, dass das neue Gesetz in unzulässiger Weise in den demokratischen Prozess eingreift. Kurz zuvor hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) einer Klage der Kommission stattgegeben: Die

Justizreform in Polen aus dem Jahr 2019 verstößt gegen Kernprinzipien der EU-Rechtsordnung. Justizkommissar Reynders schrieb von einem wichtigen Tag für die Wiederherstellung einer unabhängigen Justiz. Die Kommission erwarte nun, dass Polen dem Urteilspruch vollständig nachkommt. Das Gericht hatte wegen des Verstoßes gegen europäisches Gemeinschaftsrecht ein tägliches Bußgeld gegen Polen verhängt. Zunächst wurde eine Million am Tag fällig, später wurde das reduziert auf 500.000 Euro.

Verfahren

MIKROELEKTRONIK

Kommission billigt Förderung von 31 Projekten in Deutschland

Die EU-Kommission hat staatliche Hilfen von 8,1 Milliarden Euro für Investitionsvorhaben in den Bereichen Mikroelektronik und Kommunikationstechnologie in ganz Europa gebilligt. Davon entfallen auf Deutschland rund vier Milliarden Euro, mit diesem Geld werden 31 Projekte in elf Bundesländern unterstützt. Margrethe Vestager, Exekutiv-Vizepräsidentin der Kommission und zuständig für Wettbewerbspolitik, erläuterte: „Innovationen sind von entscheidender Bedeutung, damit die europäische Wirtschaft grüner und krisenfester wird. Innovation kann jedoch Risiken

bergen, die der Markt allein nicht eingehen kann. Deshalb sollten staatliche Beihilfen bereitgestellt werden, um eine solche Lücke zu schließen.“ Die Kommission stufte die Fördervorhaben als wichtige Projekte von gemeinsamem europäischem Interesse ein – Important Projects of Common European Interest (IPCEI). Europaweit mobilisieren die staatlichen Unterstützungen Investitionen in Höhe von rund 13,7 Milliarden Euro.

IPCEI

KARTELLRECHT

EU-Kommission geht gegen Google vor

Die EU-Kommission hat kartellrechtliche Bedenken gegen das Vorgehen von Google auf dem Online-Werbemarkt. Google betreibt im Internet nicht nur eine Suchmaschine, sondern auch Streaming-Kanäle wie Youtube und einen Werbedienst. Exekutiv-Vizepräsidentin Margrethe Vestager erläuterte: „Google verfügt über eine sehr starke Marktposition im Bereich der Online-Werbetechnologien. Das Unternehmen sammelt Nutzerdaten, verkauft Werbeflächen und fungiert als Vermittler von Online-Werbung.“ Nach den bisherigen Untersuchungen der Kommission nutzte Google seine marktbeherrschende

Stellung, um eigene Werbe-Dienste wie AdX zu bevorzugen. „Damit hätte Google nicht nur seinen Wettbewerbern, sondern auch den Interessen der Verlage geschadet und zudem die Kosten der Werbetreibenden erhöht“, sagte Vestager. Sollte sich der Verdacht der EU-Kommission bestätigen, könnten nach vorläufiger Auffassung der Kommission die wettbewerbsrechtlichen Bedenken nur durch einen Verkauf eines Teils der Google-Werbedienste ausgeräumt werden.

Beschwerde gegen Google

Neues Gremium soll hohe Ethik-Standards in allen EU-Organen sichern

Die EU-Kommission hat einen Vorschlag für ein unabhängiges Ethik-Gremium vorgelegt, das erstmals gemeinsame, verbindliche und transparente Standards für alle Organe der EU entwickeln und anwenden soll. Věra Jourová, Vizepräsidentin der EU-Kommission und zuständig für Werte und Transparenz, sagte: „Demokratie kann nur gedeihen, wenn die Bürgerinnen und Bürgern ihren Institutionen vertrauen.“



Kommissionsvizepräsidentin Věra Jourová legte in einer Pressekonferenz Details zur geplanten Ethik-Kommission dar.

© European Union, 2023

GLAUBWÜRDIGKEIT STÄRKEN

Die EU-Kommission verfügt bereits über eine *Ad-hoc-Ethik-Kommission* für Fragen der Integrität von Kommissionsmitgliedern. Andere Organisationen regeln Grundsätze in der Geschäftsordnung oder in Verhaltenskodizes. Die Vorgaben sind komplex und zersplittert, Ziel sind jetzt gemeinsame Standards für Mitglieder aller EU-Einrichtungen. „Die Menschen in Europa unterscheiden nicht, ob ein Skandal in der einen oder anderen Institution ihren Ursprung hatte“, sagte Jourová und betonte: „Wenn wir für die Menschen in Europa glaubwürdig bleiben wollen, müssen wir alle gemeinsamen ethischen Standards unterliegen.“

Die wichtigsten Details des Vorschlags:

Aufbau und Umfang: Das Ethik-Gremium soll über EU-Einrichtungen wie das Europäische Parlament, Mitglieder des Zentralrats der Europäischen Zentralbank, Europäische Kommission, den Präsidenten des Europäischen Rats sowie Mitglieder des Europäischen Gerichtshofs, des Europäischen Rechnungshofs sowie des Europäischen Ausschusses der Regionen und des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses wachen. Die beteiligten Einrichtungen schicken Vertreterinnen und Vertreter in das Gremium, dazu kommen noch unabhängige Fachleute.

Inhalt und Umsetzung: Das Ethik-Gremium wird über eine inter-institutionelle Vereinbarung zwischen den Institutionen verankert. Aus den vielfältigen Integritäts- und Transparenz-Regeln der einzelnen Institutionen soll eine gemeinsame Ethik-Kultur entwickelt werden. So zum Beispiel für den Umgang mit Geschenken oder Reise-Einladungen von Dritten, die Angaben von Nebentätigkeiten oder möglichen Interessenkollisionen sowie die Vereinbarkeit von Anschlussbeschäftigungen nach dem Ausscheiden aus den EU-Institutionen. Ein Transparenz-Register soll – wie für EU-Kommission

und Europäisches Parlament bereits geregelt – Treffen mit Interessenverbänden festhalten. Bestehende Regelungen sollen auch auf den Zugang zu Räumlichkeiten der einzelnen Institutionen ausgeweitet werden. Für die juristische Aufarbeitung bleiben die *Europäische Staatsanwaltschaft* (EPPA), das *Europäische Amt für Betrugsbekämpfung* (OLAF) oder Ermittlungsbehörden der Mitgliedstaaten zuständig.

Transparenz und Öffentlichkeit: Das Ethik-Gremium soll regelmäßig öffentlich über seine Arbeit berichten. Die EU-Institutionen sollen zudem über ihre Umsetzung der Ethik-Standards informieren.

Die erste politische Sitzung der teilnehmenden Institutionen findet am 3. Juli statt. Bis zur *Wahl für das Europäische Parlament* vom 6. bis 9. Juni 2024 sollen die Vereinbarungen abgeschlossen sein. Jourová forderte die „Partner im Europäischen Parlament, im Rat und in den anderen Organen auf, den Vorschlag für ein Ethik-Gremium rasch zu unterstützen“. Zuvor hatte die Vizepräsidentin bereits festgestellt, die Verträge „verlangen von uns, dass wir während, aber auch nach dem Ende des Mandats höchste Standards an Integrität und ethischem Verhalten einhalten“.

INTEGRITÄT ALS TÄGLICHE AUFGABE

Bereits in ihren *politischen Leitlinien* hatte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen 2019 ein unabhängiges Ethik-Gremium für alle Institutionen der EU vorgeschlagen. Jourová bekräftigte zuletzt in einer Rede im Europäischen Parlament: „Ethische Standards und Integrität kann niemand anderes für uns übernehmen. Ethik und Integrität sind für jeden eine tägliche Aufgabe.“

[Ethik-Gremium](#)

Vorgehen gegen Korruption

Die EU-Kommission verstärkt mit einer neuen *Initiative* ihren Kampf gegen Korruption in und außerhalb Europas. Unter anderem ist eine bessere Zusammenarbeit der Behörden der Mitgliedstaaten bei der Korruptionsbekämpfung vorgesehen. Compliance-Standards in der EU sollen auch gegenüber Handelspartnern durchgesetzt werden. Josep Borrell, der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, warnte: „Korruption untergräbt Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Frieden, internationale Sicherheit und nachhaltige Entwicklung, und dies behindert gleichzeitig das Erreichen der Nachhaltigkeitsziele in Europa und weltweit.“

EU-Kommission will psychische Erkrankungen enttabuisieren

Die EU-Kommission setzt auf eine neue gesellschaftliche Herangehensweise im Umgang mit psychischen Erkrankungen. Das umfasst eine bessere medizinische Versorgung von Menschen mit psychischen Problemen und eine Enttabuisierung der entsprechenden Krankheiten. Stella Kyriakides, EU-Kommissarin für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, sagte: „Wir müssen Stigmatisierung und Diskriminierung aufbrechen, damit Menschen in Not die Unterstützung erhalten, die sie brauchen.“

Bereits vor der Pandemie hatte ein Sechstel der EU-Bevölkerung mit psychischen Erkrankungen wie Depressionen zu kämpfen. Corona sowie Russlands Angriffskrieg in der Ukraine und die Folgen wie steigende Energie- und Lebensmittelpreise schürten neue Ängste. Von Stressoren – Stressauslösern – sprach Margaritis Schinas, Vizepräsident der EU-Kommission. Er sagte zu dem Vorstoß: „Wir stellen eine umfassende, auf den Menschen ausgerichtete Herangehensweise im Bereich der psychischen Gesundheit vor.“

FOKUS AUF KINDERN UND JUGENDLICHEN

Insgesamt umfasst der Vorstoß der EU-Kommission zwanzig Initiativen. Schwerpunkte sind:

▶ **Mehr Prävention:** Menschen mit psychischen Problemen müssen wissen, wo sie Unterstützung finden. So schlägt die EU-Kommission eine Kampagne zur Depressions- und Suizidprävention vor. Über ein Internet-Portal sollen sich die Mitgliedstaaten über ge-



Ein Schwerpunkt liegt auf der Betreuung von Kindern und Jugendlichen

© Shutterstock

lungene Ansätze im Umgang mit psychischen Erkrankungen austauschen. Ein Schwerpunkt der Initiative liegt auf der Betreuung von Kindern und Jugendlichen. So hatte die Analyse „Health at a Glance“ im vergangenen Jahr gezeigt, dass sich der Anteil der jungen Menschen mit Depressions-Symptomen während der Pandemie in mehreren EU-Staaten mehr als verdoppelt hat. Die Kommission strebt an, noch in diesem Jahr ein Instrumentarium für Frühinterventionen bei jungen Menschen zu ent-

wickeln. Im Jahr 2024 folgt ein Vorstoß für ein Netzwerk, um die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zu stärken. Zudem pocht die EU-Kommission auf mehr Aufmerksamkeit für die psychosozialen Aspekte im Berufsleben. Vorgesehen ist unter anderem eine Kampagne der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA), um auf Stressfaktoren im Job und mögliche Folgen wie Burn-Out aufmerksam zu machen.

▶ **Bessere Versorgung:** Die Grundrechte-Charta der EU garantiert den Zugang zu ärztlicher Versorgung. Die EU-Kommission dringt darauf, diesen Anspruch auch bei psychischen Erkrankungen durchzusetzen. Ziel ist unter anderem, die Kapazitäten der psychologischen Gesundheitsversorgung auszubauen, das umfasst etwa Schulungs- und Austauschprogramme für Fachkräfte. Gemeinsam mit Hilfsorganisationen will die Kommission die psychische Betreuung von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine verbessern. Zudem soll die Forschung zu den Ursachen psychischer Erkrankungen ausgebaut werden.

▶ **Höhere gesellschaftliche Akzeptanz:** Der Vorstoß zielt auch auf ein besseres Verständnis in der Gesellschaft für psychische Krankheiten und Menschen mit psychischen Problemen. Kyriakides sprach von einem „wichtigen Schritt auf dem Weg zu einem gesünderen Europa, in dem die psychosozialen Bedürfnisse der schutzbedürftigsten Mitglieder unserer Gesellschaft im Mittelpunkt unserer Bemühungen stehen“.

Insgesamt stellt die EU-Kommission rund 1,23 Milliarden Euro für die Initiativen bereit. Der Vorstoß für eine neue Herangehensweise mit psychischen Krankheiten geht auf einen Vorschlag der Konferenz zur Zukunft Europas zurück. Per Los ausgewählte Bürgerinnen und Bürger aus allen Mitgliedstaaten hatten im vergangenen Jahr in diesem Forum Vorschläge für die europäische Politik erarbeitet.(pr)

Gesundheit

Einsam in Europa

In Deutschland fühlen sich 13 Prozent der Bevölkerung sehr einsam, das entspricht dem europäischen Durchschnitt. Das geht aus einer Studie der gemeinsamen Forschungsstelle der EU-Kommission – Joint Research Centre (JRC) – hervor. Für die Erhebung wurden Ende vergangenen Jahres mehr als 25.000 Menschen in den Mitgliedstaaten der EU befragt. Das Gefühl von Einsamkeit sinkt demnach mit zunehmendem Bildungsgrad und Alter.

Die Studienergebnisse im Netz

Institut erforscht die Auswirkungen von Weltkriegsmunition auf die Meeresumwelt

Geschichte vergeht nicht. Matthias Brenner kennt das. Der Wissenschaftler erforscht historische Altlasten – als Meeresbiologe. Brenner sagt: „Das Problem der Altmunition in Meeresgewässern hat eine unglaubliche Dimension.“



“
Wir müssen die Ozeane besser schützen.
Virginijus Sinkevičius,
EU-Umweltkommissar

Messgerät zur Bestimmung von Wasserproben

© Deutsches Schifffahrtsmuseum Bremerhaven (DSM)

Allein in den deutschen Gewässern der Nordsee sind nach Ende des Zweiten Weltkriegs rund 1,5 Millionen Tonnen an Kampfmitteln gelandet. Von Bomben und Granaten über chemische Kampfstoffe bis zu Chemikalien, die es braucht, um Kampfstoffe herzustellen. Hinzu kommen Marinewracks aus dem Ersten Weltkrieg. Das Problem: Schiffswände und Munitionsbehälter aus Metall rosten, so können Kampfstoffe ins Meer gelangen. Mit Unterstützung der EU haben Matthias Brenner und sein Team die Auswirkungen der Kampfmittel auf die Meeresumwelt untersucht. Der Wissenschaftler am Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung in Bremerhaven erläutert: „Die Förderung erlaubte erstmals eine grundlegende systematische Forschungsarbeit zu Kampfstoffen in der Nordsee. Eine echte Premiere.“

EUROPÄISCHER FORSCHUNGSVERBUND

„*North Sea Wrecks*“ – Nordsee-Wracks (NSW) – heißt der Forschungsverbund zu den Risiken der Kriegs-Altlasten. Rund 4,2 Millionen Euro stellt die Initiative Interreg aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für die Erforschung von Munitions-Altlasten in der Nordsee bereit. Forscherinnen und Forscher aus Deutschland und anderen Nordsee-Anrainerstaaten ergründen dabei zum Beispiel, welche Auswirkungen Verbindungen wie TNT (Trinitro-Toluol) auf die maritime Umwelt der Nordsee haben.

Gemeinsam mit seinem Team untersuchte Brenner zum Beispiel westlich von Helgoland die Umweltbelastung rund um die „SMS Mainz“, ein Kriegswrack aus dem Ersten Weltkrieg. Taucher sammelten Nesseltiere, Krebse und Muscheln von der Außenwand des gesunkenen Schiffs. Zudem wurden Lander – Metallgestelle – neben dem Havaristen niedergelassen, unter anderem bestückt mit Muscheln. Brenner erläutert: „Muscheln sind Filtrierer und spiegeln die Schadstoffsituation vor Ort schnell und eindeutig wider.“ Zudem wurden rund um das Wrack Wasserproben genommen, der Meeresboden auf Altlasten analysiert und auch

das Gewebe von Plattfischen analysiert. „Diese Tiere sind recht ortstreu. Das erlaubt es uns, Aussagen über die Belastung dieser Fische zu machen“, erklärt Brenner. Erste Ergebnisse des europäischen Forschungsverbunds liegen bereits vor. So konnten erhöhte Konzentrationen des Sprengstoffs TNT und seiner Nachfolgeprodukte – Fachleute sprechen von Metaboliten – ermittelt werden. „Bei Fischen unter anderem in der Leber, aber auch im Filet-Fleisch“, erläutert Brenner. Der Meeresbiologe stellt fest: „Stand jetzt ist der Fisch nicht ungeeignet für den Verzehr.“

ERSTE BERGUNGSVERSUCHE IN DER OSTSEE

Die EU-Kommission setzt sich seit langem für einen Schutz der Meeresumwelt ein. Vor zwei Jahren legte sie im Rahmen des europäischen Grünen Deals ein neues Konzept für eine nachhaltige blaue Wirtschaft vor. Zu Jahresbeginn waren Kommission und Mitgliedstaaten treibende Kraft beim Abschluss der UN-Vereinbarung für das Abkommen über Biologische Vielfalt in Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsgewalt – Biodiversity Beyond National Jurisdiction (BBNJ). Das Ziel: Bis 2030 mindestens 30 Prozent der Hohen See als Schutzgebiete auszuweisen. EU-Umweltkommissar Virginijus Sinkevičius bekräftigte: „Die EU ist und bleibt eine treibende Kraft, wenn es darum geht, die Nachhaltigkeit der Meere zu gewährleisten.“

Gemeinsam mit Fachleuten aus Belgien, den Niederlanden, Norwegen und Dänemark konnte durch das EU-Projekt erstmals ein Lagebild der Umweltbelastung durch Weltkriegsmunition erstellt werden. Brenner sieht darin auch symbolische Bedeutung, „wenn ehemalige Gegner nun gemeinsam ein Forschungsvorhaben vorantreiben“. In der Ostsee soll jetzt ermittelt werden, wie sich Kampfmittel bergen lassen. Auch dort wurden nach 1945 tonnenweise Munition und chemische Kampfmittel versenkt.

Meeresschutz

Europa in Zahlen

49,1

Prozent der Bevölkerung in Deutschland leben in den eigenen vier Wänden. Das liegt unter dem EU-Durchschnitt von 69,9 Prozent, wie aus Zahlen der europäischen Statistik-Behörde Eurostat hervorgeht. Die höchste Eigenheim-Quote unter den EU-Mitgliedstaaten weist demnach Rumänien auf, dort leben 95,3 Prozent der Bevölkerung in eigenen Häusern oder Wohnungen, gefolgt von der Slowakei (92,9 Prozent) und Ungarn (91,7 Prozent).

Neben Deutschland (50,9) weisen Österreich (45,8 Prozent) und Dänemark (40,8 Prozent) innerhalb der EU den höchsten Mieter-Anteil auf.

Wohnverhältnisse

Terminvorschau

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 17.06.2023 11.00–17.00 Uhr	„Tag der Vereine – Die Europa-Union stellt sich vor“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Stadt Pyrmont	Brunnenplatz Bad Pyrmont Brunnenstraße 31812 Bad Pyrmont	www.europa-union-bad-pyrmont.de/aktuelles/termine
> 20.06.2023 17.30–19.00 Uhr	„Frauen in Europa – Zwischen Patriarchat und progressiver weiblicher Stimme“ Seminar Veranstalter: VHS Dresden	Volkshochschule Dresden Annenstraße 10 01067 Dresden	www.europatermine.de/europatermine/termin/28825
> 20.06.2023 18.30 Uhr	„Lebendige Demokratie, starkes Europa – Zur Rolle von Demokratiebildung und Jugendbeteiligung in schwierigen Zeiten“ Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Schwarzkopf-Stiftung	Allianz Forum Pariser Platz 6 10117 Berlin	www.netzwerk-ebd.de/termine/schwarzkopf-stiftung-lebendige-demokratie-starkes-europa-zur-rolle-von-demokratiebildung-und-jugendbeteiligung-in-schwierigen-zeiten/
> 21.06.2023 17.30–20.00 Uhr	„Queer Life in Europe“ Podiumsdiskussion (Englischsprachige Veranstaltung) Veranstalter: EuropaPunktBremen	EuropaPunktBremen Am Markt 20 28195 Bremen	https://europapunktbremende/events/queer-life-in-europe/
> 27.06.2023 16.30–18.30 Uhr	„JA-Stammtisch meets Erasmus-Stammtisch“ Informations- und Diskussionsveranstaltung Veranstalter: EuropaPunktBremen	EuropaPunktBremen Am Markt 20 28195 Bremen	https://europapunktbremende/events/ija-stammtisch-meets-erasmus-stammtisch/
> 29.06.2023 17.00–19.00 Uhr	„Fake News, Hate Speech und Verschwörung: Demokratie in Gefahr?“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Europa-Union Schleswig-Holstein	Wissenschaftszentrum Kiel Frauenhoferstraße 13 24118 Kiel	www.europa-union-sh.de/meldungen/aktuelles/fake-news-hate-speech-verschwörung-demokratie-in-gefahr

>> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: [<< https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de <<](https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de)

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2023

Herausgeber:**Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:**

Leitung: Jörg Wojahn

Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22

E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de**Regionalvertretung in Bonn:**

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Birgit Schmeitzner, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)

Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski

MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG • Rudolfstraße 22-24

• 60327 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infosource.de**Haftungsausschluss:**

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



■ NEUER LEITFADEN

Jugendprojekte klimaschonend umsetzen

Mit Blick auf den menschengemachten Klimawandel müssen auch die EU-Jugendprogramme einen Beitrag leisten für den Grünen Deal. Mit einem neuen Leitfaden möchte JUGEND für Europa (die Nationale Agentur für die EU-Programme Erasmus+ Jugend sowie für das Europäische Solidaritätskorps) junge Menschen und Organisationen dabei unterstützen, ihre Projekte möglichst umwelt- und klimaschonend umzusetzen. Egal in welchem Format, und egal ob als Neueinsteiger ohne Projektmanagementenerfahrung oder als großer Träger mit langjähriger Programmiererfahrung.

Der Leitfaden lädt ein, aus einem Pool von Inspirationen die für das jeweilige Projekt passenden Anregungen in der Praxis auszuprobieren. Er vermittelt hilfreiche und praktische Tipps.

[Neuer Leitfaden](#)



© Jugend für Europa

■ A SEASON OF CLASSICS FILMS

Ein Fest für das europäische Film-Erbe

„A Season of Classics Films“ ist der Titel einer Reihe kostenloser Filmvorführungen und Online-Screenings, die einem jungen, internationalen Publikum in ganz Europa das europäische Film-Erbe präsentieren. Die meisten Filme wurden digital restauriert, und die Vorführungen werden durch Live-Musik, Gespräche mit den Filmemacherinnen und -machern, begleitende Ausstellungen oder Podiumsdiskussionen bereichert. Creative Europe MEDIA, das Förderprogramm der Europäischen Union, unterstützt die Restaurierungen und Filmvorführungen.

Die Auswahl der Filme spiegelt die Vielfalt des europäischen Kultur-Erbes wider und reicht von frühen Stummfilmklassikern über Krimis und romantische Komödien bis hin zu Werken, die sich mit Feminismus oder den Auswirkungen der Urbanisierung auseinandersetzen. Klangvolle Namen wie Asta Nielsen in „Der Reigen“ von Richard Oswald (1920) und Carlo Ponti, der 1956 „Il Ferroviere“ von Pietro Germi produzierte, stehen auf dem Programm. Die restaurierten Filme werden von Juni bis Dezember 2023 kostenlos in europäischen Kinos und online gezeigt.

[A Season of Classics Films](#)

■ BADEGEWÄSSER

In Deutschland über 90 Prozent „ausgezeichnete Qualität“

Die meisten Badegewässer in Europa haben 2022 die strengen Wasserqualitätsstandards der Europäischen Union erfüllt. Das geht aus dem jüngsten Jahresbericht über Badegewässer der Europäischen Umweltagentur in Zusammenarbeit mit der Kommission hervor. Fast 86 Prozent der Badegewässer in Europa wiesen eine ausgezeichnete Qualität auf, in Deutschland sind es sogar über 90 Prozent. Das bestätigt den positiven Trend der vergangenen Jahre.

Im Jahr 2022 hatten 2.068 Badestellen in Deutschland eine „ausgezeichnete“, 135 eine „gute“ und 36 eine „ausreichende“ Qualität. Nur 0,2 Prozent aller 2.292 bewerteten Badegewässer in Deutschland erfüllten die Mindeststandards nicht. Die Länderberichte können [hier](#) abgerufen werden.

[Qualität europäischer Badegewässer](#)



© SophieOst / Shutterstock.com

■ JETZT BEWERBEN

Preis für Produktsicherheit 2023

Ab sofort können sich Interessenträger, Unternehmen sowie Forscherinnen und Forscher um den EU-Preis für Produktsicherheit 2023 bewerben. Im Mittelpunkt dieses Wettbewerbs stehen innovative Unternehmen, die zum Beispiel in die Sicherheit von Produkten oder Einkaufskanälen investieren, die häufig von Jugendlichen genutzt werden. Erstmals können auch Forscherinnen und Forscher am Wettbewerb teilnehmen. Bewerbungen können bis zum 8. September 2023 eingereicht werden.

Der EU-Preis für Produktsicherheit wird alle zwei Jahre von der Europäischen Kommission vergeben. Damit werden unternehmerische Initiativen und Forschungsarbeiten gewürdigt, die durch besonderes Engagement in der gesamten EU die Messlatte für die Sicherheit von Verbraucherprodukten höher legen. Die diesjährigen Preisträgerinnen und Preisträger werden im Rahmen einer offiziellen Galaveranstaltung im Dezember dieses Jahres in Brüssel bekannt gegeben.

[Preis für Produktsicherheit](#)